



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage Nr.: 2019/1445

Veranlasser / Verursacher:
AfD-Fraktion

Datum: 11.11.2019

Aktenzeichen:

Antrag

Antrag der AfD-Fraktion vom 08.11.2019 betr. „Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe im Landkreis Kassel,,

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz, Abfallwirtschaft und Energie	27.11.2019		öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	02.12.2019		öffentlich
Kreistag	09.12.2019		öffentlich

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag fordert Bund und Land auf, die landwirtschaftlichen Betriebe gerade in einer Zeit des gesellschaftlichen Wandels konstruktiv, inhaltlich und finanziell zu begleiten. Das vorgeschlagene Agrarpaket muss auf Augenhöhe mit der Landwirtschaft und unter Einbeziehung der Gesellschaft diskutiert und kommuniziert werden. Nur ein offener Dialogprozess kann hier helfen, Vorurteile und Emotionen abzubauen.
2. Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, ein Gespräch zwischen dem Naturschutzbeirat sowie dem Gebietsagrar Ausschuss zu initiieren, bei welchem die konkrete Situation der Landwirtschaft im Landkreis Kassel sowie die Auswirkungen der Entscheidungen des Bundes erörtert werden. Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz, Abfallwirtschaft und Energie in seiner darauffolgenden Sitzung mitzuteilen.

Begründung:

Dieser Antrag soll zum einen ein Zeichen setzen, dass der Kreis hinter seinen Bauern steht.

Zehntausende von Landwirten protestierten in Bonn und in vielen Großstädten gegen die beschlossenen strengeren Regeln zum Umwelt- und Insektenschutz, weil sie dadurch ihre Existenz bedroht sehen. Zum anderen soll dieser Antrag einen konkreten Vorschlag un-

terbreiten, wie im Landkreis Kassel eine ergebnisoffene Diskussion angestoßen werden kann.

Kohlweg
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

2019_1445 Anlage 1

2019_1445 Anlage 2

2019_1445 Anlage 3

Anlagenbeschreibung

Anlage 1: Antrag der AfD-Fraktion vom 08.11.2019

Anlage 2: Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2019

Anlage 3: Antrag der SPD-Fraktion vom 27.11.2019